Billig statt günstig!

Der Unterschied zwischen diesen Bildern ist nicht erkennbar. Rein optisch gibt es auch keinen. Doch die Folgen von Lebensmitteln, die ohne Rücksicht auf Mensch, Tier und Natur billigst hergestellt werden, schaden uns allen. Daher: „Nein zu TTIP!“
Hierzu muss man anmerken, dass uns unsere Lebensmittel auch mehr wert sein müssen. Nur mit österreichischem Gütesiegel und Herkunftsnachweis kann garantiert werden, dass qualitativ hochwertiges Fleisch aus der Region stammt. Mit einem solchen Einkauf stärken und unterstützen wir unsere Bauern und unsere Region.

CETA, TTIP und TiSA

Eine Bedrohung!

Information der TTIP-freien Gemeinde Zwettl an der Rodl zum Freihandelsabkommen mit den USA.

Was kann ich tun?

Zeig deinen Unmut! Unterzeichnung der Petitionen:

- Für KonsumentInnen: <https://stop-ttip.org/de/>
- Für BäuerInnen: <http://www.bauern-und-baewerinnen-gegen-ttip.at/>
- Für KMU (Klein- und Mittelbetriebe): <http://www.kmu-gegen-ttip.at/>
- Für Gemeinden: Sprich darüber! Personen im Umfeld informieren

Wir rufen daher ALLE verantwortungsbewussten Bürger und Bürgerinnen auf, die Kampagne zu unterstützen und im eigenen Umfeld zu bewerben.

Die Grünen Zwettl/Rodl Newsletter:

anmelden auf der Website: <http://www.gruene.online/>

Profit für wenige, Nachteile für viele.

Die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ zwischen den USA und der EU, kurz TTIP genannt („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) wird Auswirkungen bis in die kleinsten Gemeinden haben. Das Abkommen wird die Lebensqualität der Menschen in der EU und den USA verschlechtern. Die Umwelt wird das Nachsehen haben. Gewinner sind die Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks. 2014 beschloss der Zwettler Gemeinderat einstimmig eine Resolution gegen TTIP. Mit dieser Broschüre möchten die Grünen Zwettl an der Rodl die BürgerInnen über die Gefahren von TTIP informieren.

Fair handeln statt Freihandel!

Geheimericht statt transparentes Rechtssystem!

TTIP-Verhandlungen finden streng geheim, unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und werden von Konzernlobbyisten vereinnahmt. Einmal beschlossen, gibt es keine Möglichkeit mehr, aus dem TTIP-Vertrag auszusteigen. Schon alleine deshalb dürfen wir dieses Abkommen nicht zulassen! Das Brisante an dem verhandelten Papier: Ist ein ausländischer Konzern der Meinung, ein europäisches Gesetz behindert seine Gewinnaussichten, kann er dagegen klagen. Das Verfahren findet dann jedoch nicht vor einem öffentlichen Gericht in einem europäischen Staat oder in den USA statt, sondern im Geheimen vor einem privaten Handelsgericht in Washington. Gegen ein dort gefällttes Urteil gibt es keine Berufungsmöglichkeiten mehr. Das österreichische und das europäische Rechtssystem werden mit dieser Paralleljustiz ausgehöhlt!

Erfahrungen aus dem Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko:

- Kanada ist durch den Pakt mit seinen Nachbarn zum meistgeklagten Industriestaat der Welt geworden.
- Konzerne entscheiden willkürlich, wie viel Krankenschutz sie ihren ArbeiterInnen gewähren. Meist bezahlen diese die vollen Kosten selbst.
- Wenn ein Elternteil zuhause bleiben muss, weil die Kinder krank sind, werden ihm diese Tage vom Urlaub, sofern er einen hat, abgezogen.

Unternehmen statt Menschen schützen!

In den USA haben Arbeitnehmerinnen wesentlich weniger Rechte als in Europa. Es gibt weder einen gesetzlichen Mutterschutz, noch Karenzzeiten und schon gar keinen Kündigungsschutz. Genau diese Standards, wie auch ein geregelter Urlaub, Urlaubsgeld oder Weihnachtsgeld sind bedroht. Ausländische Unternehmen könnten Österreich klagen, wenn sie der Meinung sind, dass unsere Arbeitsrechte sich negativ auf die Unternehmensentwicklung auswirken. Durch die härtere Konkurrenz aus Übersee drohen massive Arbeitsplatzverluste, vor allem für die Landwirtschaft. Mögliche Reaktion der europäischen PolitikerInnen: Arbeitnehmerrechte einschränken.

Wie sieht es mit versprochenem Wirtschaftswachstum, neuen Märkten und Arbeitsplätzen durch TTIP aus? Laut der auf einer Studie beruhenden Schätzung der EU-Kommission soll TTIP in einem optimistischen Szenario zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung in der EU von rund 0,5% führen – allerdings in einem Zeitraum von zehn Jahren. Im realistischeren Szenario bliebe lediglich ein einmaliger BIP-Anstieg von rund 0,3% innerhalb von zehn Jahren übrig. Ein „Konjunktur-Kick“ sieht anders aus.

Agrarkonzerne statt kleinbäuerliche Betriebe?

Ein konkurrenzfähiger US-Agrarbetrieb braucht durchschnittlich 169 Hektar. Das ist vierzehnmal so viel, wie heute ein durchschnittlicher Betrieb in der EU hat. Um auf Fruchtfolge verzichten zu können, werden auf den riesigen Feldern in den USA unter anderem jährlich 700.000 Tonnen Glyphosat ausgebracht – ein Unkrautvernichtungsmittel, das laut WHO als krebserregend eingeschätzt wird. Das hat Auswirkungen auf unsere Ernährungssouveränität und auf das Aussehen unserer Kulturlandschaft. Dazu kommen gravierende Umweltfolgen. Gegen wen unsere Landwirte antreten müssen, zeigen diese beiden Bilder sehr deutlich.

Erfahrungen aus dem Freihandelsabkommen NAFTA:

- Die Regierung der Provinz Quebec musste ein höchst umstrittenes Unkrautbekämpfungsmittel als gesundheitlich unbedenklich klassifizieren.
- Mexiko verbot den aus Unmengen Gen-Getreide hergestellten Industriezucker und muss deswegen Strafe zahlen.

Massentierhaltung und Genveränderung statt gesunde Lebensmittel?

Legebatterien für Hühner sind EU-weit seit 2012 verboten, in den US-Hühnerställen müssen nach wie vor 23 Hühner auf einem Quadratmeter leben. In bis zu zwanzig Käfigen übereinandergestapelt leben so 60 - 70 000 Hühner in riesigen Hallen. Massiver Einsatz von Antibiotika soll die „Gesundheit“ der Tiere erhalten. Vorsichtshalber landen sie nach ihrem Tod zur Desinfektion nochmals in einem Chlorbad. In den USA wurde von den Gesundheitsbehörden die kommerzielle Zucht von genmanipulierten Lachsen zugelassen, die doppelt so groß wie normale Lachse sind. Die belgische Rinderrasse „Weißblaue Belgier“ leidet wegen einem manipulierten Gen unter unkontrolliertem Muskelwachstum (s. Foto: li. normales Mastrind, re. genmanipuliertes Mastrind). Sollte TTIP unterzeichnet werden, wird eine entsprechende Kennzeichnung von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln nicht vorgeschrieben, da die Kennzeichnung ein Handelshemmnis darstellt!